ist das Schicksal Oberschlesiens im Grunde genommen gleichgültig. Hauptsache ist für sie, daß der polnische Großmachtsdünkel befriedigt wird, besonders wenn dies auf Kosten der verhaßten Deutschen geschehen kann.

Internationale Frauenliga für Friede und Freiheit.

Heidelberg, 4. November. Die internationale Frauenliga für Friede und Freiheit veranstaltete gestern eine Kundgebung, wobei Frau Frieda Perlen aus Stuttgart mitteilte, daß sich die Liga bereits auf 26 Nationen erstrecke. Die Rednerin führte weiter aus: „Schon in den Kindern müsse der pazifistische Gedanke geweckt werden. Der Kongreß der Frauenliga habe eine Entschließung gegen die Sanktionen eingebracht, die Lloyd George übermittelt werden würde. Die Frauen müßten für die Beseitigung des verhängnisvollen Versailler Friedensvertrages mit allen Kräften eintreten.“ Zum Schlusse wurde folgende Entschließung angenommen: „Wir erklären einstimmig und bringen unseren Willen den an der Washingtoner Konferenz teilnehmenden Regierungen zur Kenntnis: Wir fordern nicht nur eine Beschränkung der Rüstungen, sondern vollständige Abrüstung und zwar nicht nur der Heere und Flotten, sondern auch der teuflischen Giftmethoden, die durch ruhm- und geldsüchtige Chemiker erfunden werden zur Ausrottung von Völkern und zur Vertilgung von Städten. Wir wollen in erster Linie Frieden. Wir Frauen verlangen von unseren Parlamenten und Regierungen, daß sie für vollständige Abrüstung eintreten, auf alle Giftmethoden verzichten und im Verkehr der Völker unverzüglich jene Methoden anwenden, die zur Verständigung und zum dauernden Frieden führen.

Zur Londoner Reise des Reichsbankpräsidenten Havenstein.

Berlin, 4. November. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß der Besuch des Reichsbankpräsidenten in London ausschließlich die Erörterung banktechnischer und den Geschäftsverkehr der Reichsbank mit der Bank von England betreffender Fragen bezweckt. Mit Anleihe- oder Kreditverhandlungen stand er nicht in Zusammenhang. Insbesondere hat der Reichsbankpräsident auch mit dem Hause Rothschild keinerlei derartige Verhandlungen eingeleitet oder geführt.

Vorrangsbeförderung von Zeitungspapier.

Berlin, 4. November. Der Reichsverkehrsminister ordnete vor einigen Tagen an, daß Wagen für Zeitungsdruckpapier in den nächsten zwei Wochen mit Vorrang vor allen anderen Gütern zu stellen sind. Die Eisenbahndirektionen sind besonders angewiesen worden, dafür zu sorgen, daß die Wagen nicht nur zur Beladung gestellt, sondern auch bis zum Empfangsorte durchgeführt werden müssen.

Die Kredithilfe der deutschen Industrie.

Der Reichsverband der deutschen Industrie wird sich heute mit der Kredithilfe der Industrie beschäftigen. Über den Stand der bisherigen Besprechungen mit ausländischen Finanzgruppen wird mitgeteilt, daß zwischen verschiedenen amerikanischen Finanzgruppen einerseits und Vertretern der deutschen Industrie anderseits Fühlung in der Frage einer Goldanleihe genommen worden ist, ohne daß bisher ein greifbares Angebot dabei herausgekommen wäre. Nur von einem kapitalkräftigen englischen Finanzkonzern liegt ein Angebot vor, das sich auf 25 Mill. Papierpfund beläuft.

Gegen die Lahmlegung der Deutschen Werke.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in der gefragt wird, was die Reichsregierung bisher getan habe und was sie weiter zu tun gedenke, um den Forderungen des Verbandes nach Zerstörung der Deutschen Werke zu begegnen. Die Arbeitergemeinschaft der Deutschen Werke in Spandau nahm gestern in zwei großen Versammlungen zu den Forderungen des Verbandes Stellung. Es wurde mitgeteilt, daß voraussichtlich in den nächsten Tagen eine Arbeiterabordnung bei dem General Nollet vorsprechen werde, um ihn über die Wahrheit und die Forderungen der Arbeiterschaft zu unterrichten. Sollten die Verhandlungen erfolglos bleiben, so lehnen die Arbeiter es ab, irgendwie an der Zerstörung der Werke mitzuhelfen. Keine Schraube solle von einer Maschine entfernt, kein Stein weggetragen, kein Hammer für den Verband geführt werden. Sollten Arbeiter nach Spandau kommen, um für den Verband zu arbeiten, dann solle man ihnen gründlich heimleuchten. Alle Arbeiter Deutschlands müßten in dieser Angelegenheit solidarisch sein.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 4. November. Der Reichskanzler Dr. Wirth führte gestern vormittag zum ersten Male bei einer Direktorenkonferenz im Auswärtigen Amte den Vorsitz. Nachmittags fand eine Sitzung des Reichskabinetts statt.

— Ministerialdirektor Behrendt ist auf seinen Antrag von der Leitung der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes enthoben worden und hat einen Urlaub angetreten. Zum Leiter der Abteilung ist der bisherige Referent für die russischen Angelegenheiten Wirkl. Legationsrat Frhr. v. Maltzan ernannt worden.

— Der Preußische Landtag bewilligte ohne Aussprache 6 Mill. Mark für die Unterstützung der Opfer des Oppauer Unglücks.

— Der mexikanische Gesandte Dávalos ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen.

Myslowitz, 4. November. In den frühen Morgenstunden des gestrigen Tages entspann sich zwischen Banditen einerseits sowie Gemeindewehr und Apo-Beamten anderseits ein Feuergefecht. Dabei wurden drei Apo-Beamte durch Bauchschüsse schwer und zwei Mitglieder der Gemeindewehr leicht verletzt. Zwei schwerverletzte Banditen wurden verhaftet, darunter der Mörder des polnischen Stadtrats Dudzyk in Kattowitz, Musiol. Drei Eisenbahner wurden von den Polen trotz Protestes nach Sosnowice geführt und dort unter Mißhandlungen getötet. Die interalliierte Mordkommission, welche die Freigabe der Leichen erreichen soll, wird erwartet.

Aschaffenburg, 4. November. Die Feier der Eröffnung der Main-Großschiffahrt und des neuen Hafens Aschaffenburg wurde gestern vormittag durch einen Festakt begangen, an dem etwa 400 Personen teilnahmen.

München, 4. November. Die sozialdemokratische „Münchner Post“ meldet, daß der Abg. Auer eine Anzahl weiterer Drohbriefe erhalten habe. In einem davon heißt es: Auer werde Weihnachten nicht mehr leben. Gegen den früheren Führer der Einwohnerwehr Kanzler ist ein Ermittlungsverfahren wegen Aufforderung zum Mord eingeleitet worden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 3. November. Vizepräsident Rießer eröffnet die Sitzung kurz nach 3 Uhr mit geschäftlichen Mitteilungen.

Die Interpellationen über Vorkommnisse in der Pfalz, über Preissteigerung und Wucher, sowie über das Verbot des Landens russischer Schiffe im Stettiner Hafen werden von der Regierung innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden.

Die Anträge wegen Erhöhung der Mehlration und der Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln werden mit der Interpellation Müller wegen Preissteigerung seinerzeit verbunden werden.

Es folgt der Antrag Müller-Franken (Soz.) wegen Abänderung der Verordnung über die Lohnbeschlagnahme.

Abg. Kaiser (Soz.) begründet den Antrag, die Pfändungsgrenze von 5000 auf 15 000 M. heraufzusetzen.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch: Im Ministerium liege ein fertiger Entwurf bereits vor, der eine bewegliche Pfändungsgrenze vorsehe, um den jeweiligen Schwankungen von vornherein begegnen zu können.

Abg. Warmuth (Dnl.) beantragt die Verweisung des Gegenstandes an den Rechtsausschuß.

Nach weiterer kurzer Aussprache wird der Antrag dem Rechtsausschuß überwiesen.

Zum Antrag Agnes und Gen. über eine Verschärfung der Besteuerung des Börsenverkehrs teilt

Vizepräsident Rießer mit, daß der Steuerausschuß an Stelle dieses Antrages einen Antrag Keil auf wesentliche Erhöhung der Börsenumsatzsteuer angenommen habe.

Das Haus stimmt diesem Antrage zu.

Es folgt ein Antrag Gothein (Dem.) wegen beschleunigter Veranlagung und Erhebung der Reichseinkommensteuer.

Abg. Gothein (Dem.) begründet den Antrag mit der finanziellen Notlage des Reiches.

Staatssekretär Zapf: Die Veranlagung ist Sache der Länder und Gemeinden. Das Reich hat keinen weiteren Einfluß, als daß es darauf drängen könnte.

Abg. Stegerwald (Zentr.) unterstützt den Antrag und kritisiert die Tätigkeit der Finanzämter, deren Verschleppungstaktik den Staat schädige.

Abg. Dr. Herz (Unabh.) begründet einen Antrag seiner Partei, daß jeder Steuerpflichtige zunächst auf Grund seiner Steuererklärung den Steuerbetrag an das Reich abführe, im Falle der Verzögerung aber Verzugszinsen zahlen müsse.

Abg. Dr. Helfferich (Dntl.) mißt die Hauptschuld der Kompliziertheit der Steuergesetzgebung bei. Die Beamten wüßten selbst nicht mehr Bescheid. Die Steuergesetze müßten reformiert werden, desgleichen die Verwaltung, sonst sehe er eine Katastrophe voraus.

Staatssekretär Dr. Zapf spricht sich gegen den unabhängigen Antrag aus, der die Verwirrung bei den jetzt schon überlasteten Finanzkassen nur noch vermehren und den Zusammenbruch der Verwaltung vielleicht noch beschleunigen werde.

Abg. Becker (D. Vp.): In dieser Frage sei die große Koalition von Helfferich bis Herz zweifellos vorhanden. Bedauerlich sei, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger in gewissem Sinne benachteiligt würden. Er stimme dem Antrage Gothein zu. Gewisse Änderungen in der Organisation seien allerdings erforderlich. Aber eine grundlegende Reform erscheine ihm nicht notwendig.

Die beiden Anträge werden darauf an den Steuerausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung morgen nachmittag 1 Uhr. Anfragen, Interpellation wegen Schließung der Deutschen Werke und Steuerdebatte.

Schluß gegen 6 Uhr.

Die Internierung Karls von Habsburg.

Paris, 3. November. „Journal“ meldet, daß die Verhandlungen mit Portugal wegen der Überwachung Karls von Habsburg, der auf Madeira interniert werden soll, vor dem Abschluß stehen.

Die Mobilisierung der Tschechoslowakei.

Prag, 3. November. In der heutigen Sitzung des Budgetausschusses erklärte Ministerpräsident Benesch, daß die Mobilisierung fast überall sehr gut und in musterhafter Ordnung vor sich gegangen sei. Alle Nationalitäten hätten ihre Pflicht in einem solchen Maße erfüllt, daß der Staat vollkommen zufrieden sein könne. Die Regierung werde entschieden dafür eintreten, daß dem Gesetz überall Genüge geleistet werde. Der Ministerpräsident sprach über die Ereignisse in Graslitz sein Bedauern aus. Er habe Beweise in Händen, daß die Truppen und die Behörden eine korrekte Haltung eingenommen und insbesondere das Militär seine Geduld erschöpft hätte, bevor es zu den Waffen griff. Es sei eine erfreuliche Erscheinung, daß die Vertreter der politischen Parteien in Graslitz, als sie sahen, daß die Schranken des Gesetzes überschritten worden seien, alles getan hätten, um Schwierigkeiten vorzubeugen. Die Regierung werde in der Frage einer Entschädigung für die Hinterbliebenen und für die Verwundeten mit dem größten Wohlwollen vorgehen. Die Regierung fordere alle vernünftigen Elemente auf, dahin zu wirken, daß sich ähnliche Ereignisse nicht mehr wiederholen. Zu den Anfragen wegen der Verhaftungen in der Slowakei erklärte der Ministerpräsident, die Regierung habe Maßnahmen getroffen, damit streng in den Grenzen des Gesetzes vorgegangen werde und die einzelnen Fälle so rasch wie möglich dem Untersuchungsrichter vorgelegt werden. Über die auswärtige Politik sagte der Ministerpräsident, daß in den letzten Tagen ein vollkommenes Einvernehmen zwischen den Verbündeten und den Mitgliedern der Kleinen Entente zustandegekommen sei. Die Regierung werde bei der weiteren Entwicklung des Konflikts in friedlicher Weise vorgehen, indem sie überall, wo nötig, Beweisgründe, und nicht die äußersten Mittel zur Geltung bringen werde. Die außerordentlichen Maßnahmen müßten noch kurze Zeit andauern, damit alle Bedingungen angenommen und verwirklicht werden, um die Lage zu klären. Die Regierung sei jedoch entschlossen, keinen einzigen Tag die außerordentlichen Maßnahmen länger andauern zu lassen, als es unumgänglich nötig sei.

Eine neue englische Note an Rußland.

London, 3. November. Im Unterhause teilte Lloyd George mit, die britische Regierung bereite eine neue Note an Rußland vor, in der sie von neuem darlegen werde, daß die britischen Beschwerden über das weitere Bestehen der bolschewistischen Propaganda und englandfeindliche Ränke in Mittel- und Kleinasien und anderen Gegenden unter Verletzung des englisch-russischen Handelsabkommens durchaus begründet seien. Das künftige Verhalten Englands zum englisch-russischen Handelsabkommen werde von der Art und Weise abhängen, in der die Sowjetregierung auf Vorstellungen und Beschwerden, die England erhebe, antworten werde.

Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 4. November.

Sächsische Landesstelle für Kunstgewerbe.

Vor einigen Tagen hielt die Sächsische Landesstelle für Kunstgewerbe unter dem Vorsitz von Prof. K. Groß ihre Hauptversammlung in Leipzig ab. Vor dem geschäftlichen Teile wurden eine Anzahl Vorträge gehalten über die Frage der Vertretung des Kunstgewerbes auf der Messe, der die Landesstelle in den letzten Jahren ihre besondere Aufmerksamkeit und Förderung gewidmet hat. Hofrat Prof. Seyffert-Dresden und Direktor Haebler-Dresden berichteten über die Begründung und Entwicklung des Wirtschaftsbundes Sächsischer Kunsthandwerker und des Wirtschaftsbundes Deutscher Kunsthandwerker, in dem der 1917 begründete sächsische Bund später als Gruppe aufging. Prof. Groß wies in seinem Bericht den Kunstgewerbevereinen die Aufgabe zu, denjenigen Teil des Kunstgewerbes zu erfassen, der sich in den sehr eng gezogenen Rahmen des Wirtschaftsbundes nicht einfügt. Generalsekretär Bartsch-Dresden erklärte sich im Namen des Submissionsamtes bereit, bei einem etwaigen Zusammenschluß der Kunstgewerbevereine zum Zweck der Messevertretung einen hierfür zu bildenden Wirtschaftsverband der Vertriebsstelle handwerklicher Erzeugnisse beim Submissionsamt anzuschließen, wodurch sich das Vertragsrisiko der einzelnen Mitglieder verringern würde. Fabrikbesitzer Hammann-Chemnitz betonte in seinem Bericht, daß die Kunstindustrie als die Spitze der Industrie auf der Messe stärker als bisher vertreten sein müsse und daß hierfür in Leipzig geeignete Ausstellungsräume zur Verfügung gestellt werden müssen. Direktor Prof. Dr. Graul und Stadtbaurat Bühring-Leipzig berichteten über Pläne, im Anschluß an das Grassimuseum dem Kunstgewerbe und der Kunstindustrie neue Meßräume zu schaffen. Direktor Dr. Köhler vertrat den Standpunkt des Leipziger Meßamtes, daß dieses ausschließlich volkswirtschaftliche und kommerzielle Aufgaben habe und sich auf eine Jurierung der Aussteller nicht einlassen könne, ebensowenig auf eine Bevorzugung einer Ausstellergruppe bei der Zuweisung von Ausstellungsräumen. Der Weg, den Frankfurt mit der Errichtung des Hauses Werkbund beschritten habe, führe von der Messe fort zur Ausstellung. In der lebhaften und inhaltsreichen Aussprache, die sich an die Berichte anschloß, trat der Gesichtspunkt hervor, daß mehr und mehr versucht werden müsse, auch bei Qualitätsausstellungen ohne Jury auszukommen, indem man das Verantwortungsgefühl des Ausstellers für seine Leistung stärkt. Aus dem hierauf von der Geschäftsführerin Frl. Dr. Meißner erstatteten Jahresbericht über die Tätigkeit der Sächsischen Landesstelle für Kunstgewerbe sind besonders die umfangreiche Beratung der Kirchgemeinden bei der Erneuerung der Kirchenglocken sowie die Vorarbeiten für verschiedene Ausstellungen neben der bereits in den Berichten erwähnten Förderung der Messeausstellungen des Kunstgewerbes zu erwähnen. — Als neue Mitglieder wurden berufen: der Vorsitzende des Landesamts für Denkmalspflege Dr. Bachmann in Dresden, Generalsekretär Bartsch vom Submissionsamt in Dresden, Tischlerobermeister Birkner in Meißen, Direktor Dr. Böttcher von der Firma Villeroy & Boch in Dresden, Fabrikbesitzer Reh in Kamenz, Hr. Thiel von den Deutschen Werkstätten in Dresden, der Vorsitzende des Deutschen Ausschusses für Friedhofskultur Baurat Wenzel in Dresden, der Leiter der staatlichen Porzellansammlung in Dresden Prof. Dr. Zimmermann. Vorstand und Ausschüsse wurden in ihrer bisherigen Zusammensetzung bestätigt, nur daß an Stelle des verstorbenen Maleroberm eisters Schirmer Tischlerobermeister Birkner-Meißen in den Vorstand gewählt wurde.

Konzert. (Georg Kulenkampff-Post.) Der Konzertgeber ist hier kein Fremder. Man erinnert sich noch gern seines erfolgreichen ersten Auftretens in einem der Kapell-Konzerte; er spielte überaus schön und stilvoll ein Spohrsches Violinkonzert. Diesmal, im Künstlerhause, kam er zu den Hörern zuerst altklassisch, spielte Händel (As-Dur-Sonate) und Bach (G-moll-Sonate für Violine allein) technisch ebenso wie nach seiten des Vortrags vorzüglich. In der Bach-Sonate nahm er das Presto als Prestissimo mit blendender Virtuosität. Eine unfehlbar reine Anstimmung ist bei ihm selbstverständlich. Neben technischer Vollendung, Wärme und, wo erforderlich, auch Süßigkeit seines uns diesmal ob seiner Größe und Tragfähigkeit auffallenden Geigentons zu zeigen, bot dem Künstler dann Goldmarks stark verblassendes und noch immer seine Wirkung nicht verfehlendes Violinkonzert volle Gelegenheit. Das Andante in vollendeter Gesangsschöne gespielt, löste plötzlichen Beifall aus. Der Künstler, den man heute als einen der führenden deutschen Geiger zu begrüßen hat, schloß mit Stücken von Stojowski, Windsperger und Ernst. Diesem ersten Abend wird er im Januar (am 5.) einen zweiten mit durchgängig neuzeitlichen Werken folgen lassen. O. S.

Vortrag. Am 26. Oktober eröffnete der Sächsische Ingenieur- und Architektenverein die Reihe seiner Winterveranstaltungen. Nach geschäftlichen Mitteilungen des Leiters, Oberregierungsbaurates Dr. Speck, sprach Oberregierungsbaurat Koch einen ehrenden Nachruf für das verstorbene Ehrenmitglied des Vereins, Geh. Rat Dr. Waldow, und hielt darauf einen Vortrag über: 30 Jahre Gemeinnütziger Kleinwohnungsbau in Dresden. Er besprach dabei, wie die Wohnungsnot in Dresden bei dem Durchbruch der König Johannstraße und der Niederlegung des Kasernenviertels in Dresden-Neustadt, in dem nach Aufgabe der Kasernen für militärische Zwecke auch viele kleine Leute wohnten, besonders zunahm und wie damals der Gemeinnützige Bauverein als erster der großen Bauvereine gegründet wurde der mit den Häusern an der Friedrichstraße seine praktische Tätigkeit 1889 begann. Er zeigte unter Vorführung einer größeren Zahl von Lichtbildern, wie sich der Grundrißtyp von der damaligen Form mit 4 Wohnungen im Geschoß mit eingefügten Lichthöfen über den Grundriß mit 3 Wohnungen im Geschoß, der im Dresdner Spar- und Bauverein in seinen 3 großen Gruppen der Posadowsky-Wehnerhäuser am Crispiplatz, der Dr. Beckerhäuser an der Königsbrücker Straße und der Rudolf Schillinghäuser in Striesen angewendet wurde, zu dem Grundriß mit 2 Wohnungen im Geschoß weiterentwickelte, der die großen Vorzüge besserer Durchlüftung und Besonnung der Wohnungen hat. Als Beispiel führte er die grundlegenden Arbeiten des vom Dresdner Spar- und Bauverein errichteten Pieschener Blocks an der Marienhofstraße an, denen dann in weiterer Folge dieses Systems die eben vollendete Häusergruppe am Crispiplatz folgte, sowie die nebenhergehenden Ausführungen des Kleinwohnungsbauvereins an der Dornblüthstraße, an der Gehestraße, am Bischofsplatz und an der Coswiger Straße, der Häuser der von der Stadt verwalteten Krenkelstiftung und von Wohnhäusern der früheren Militärbauverwaltung. Er zeigte dabei, wie die fast zum Schlagwort gewordene Abkehr vom Mehrfamilienhaus unberechtigt sei, soweit dafür technische, gesundheitliche, künstlerische und auch zum Teil wirtschaftliche Gesichtspunkte ins Feld geführt werden, wie in den neuesten Formen der Mehrfamilienhäuser, ebenso gesunde, schöne und praktische Wohnungen geschaffen werden könnten wie im Einfamilienhaus, das ja auch so mancherlei Nachteile habe. Man solle heute die Lösung der Wohnungsfrage nicht allein im Einfamilienhaus erblicken. In einem zuletzt gegebenen Schema zeigte er, wie in Fortführung der einwandfreien Bauweise des Pieschener Blocks gesunde und schöne Wohnungen auch im Mehrfamilienhaus im großen Maßstabe geschaffen werden könnten.

Vortrag. In der Dresdner Kunstschule von Prof. G. Richter, Georgplatz 1, hielt am

SLUB
Wir führen Wissen.